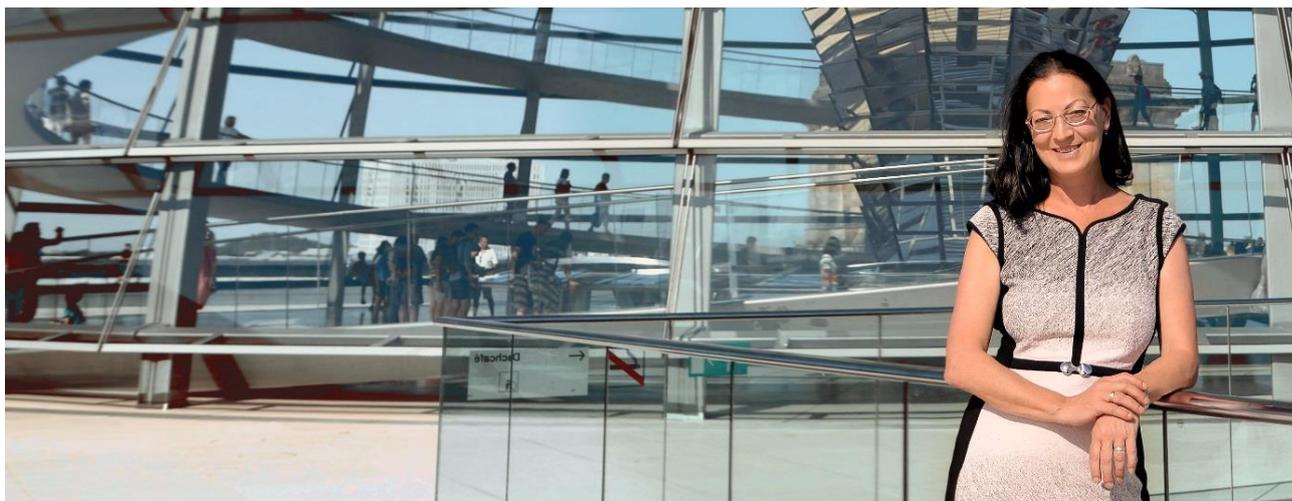


NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND



Endspurt in Berlin vor den Bundestagswahlen am 26. September: Am Freitag ging die vorletzte Sitzungswoche dieser Legislaturperiode zu Ende. Mit dem Lieferkettengesetz, der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder und dem Gesetz zu mehr Frauen in Führungspositionen haben wir noch einmal wichtige Vorhaben durchsetzen können.

Aber bei einigen Punkten hat sich die Union bereits von der Zusammenarbeit verabschiedet: Sie will auf den letzten Metern noch die bereits in der Regierung vereinbarte hälftige Aufteilung der CO2-Heizkosten zwischen Mietern und Vermietern ausbremsen und zeigt damit abermals, auf welcher Seite sie steht. Ebenso hat die Union die Einigung, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, verhindert und war damit nicht bereit, die Rechte von Kindern und ihren Familien zu stärken.

Ende Juni kommen wir im Deutschen Bundestag zur letzten Sitzungswoche zusammen. Ich bin zuversichtlich, dass wir am Ende trotz historischer Herausforderungen eine hervorragende Bilanz vorweisen können und wir das Leben der Menschen in diesem Land an vielen Stellen verbessert haben. Zugleich ist damit der Wettbewerb um die besten Ideen für die Zukunft dieses Landes eröffnet.

Viel Freude beim Lesen

EIN ERFOLG FÜR MENSCHENRECHTE WELTWEIT **LIEFERKETTENGESETZ BESCHLOSSEN**

Während die Gespräche für ein Europäisches Lieferkettengesetz derzeit stocken, haben wir nach monatelangen Auseinandersetzungen mit der Union im Bundestag neue Sorgfaltspflichten für Unternehmen beschlossen: Ausbeuterische Kinderarbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten müssen ein Ende haben. Die Sorgfaltspflicht von Unternehmen endet künftig nicht mehr am Werkstor. Künftig müssen Unternehmen mit Sitz in Deutschland prüfen, ob entlang

JUNI 2021

ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird – und wirksame Schritte zur Prävention und Abhilfe ergreifen. Dabei ist egal ob die Konzernmutter in Deutschland oder woanders ist. Wer gegen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen. Diese können mehrere Millionen Euro betragen und einen Ausschluss von öffentlichen Aufträgen zur Folge haben.

Außerdem können Betroffene, die ihre Menschenrechte verletzt sehen, ihre individuellen Ansprüche leichter vor deutschen Gerichten geltend machen. Mit dem Gesetz schlagen wir ein neues Kapitel auf und liefern auch die Blaupause für eine effektive europäische Lösung.

TERMINHINWEIS

EINLADUNG ZU FACEBOOK-LIVE MIT BÄRBEL KOFLER ZUM LIEFERKETTENGESETZ

Am 13. Juli ab 19 Uhr konnte ich meine Kollegin Bärbel Kofler für eine Online-Diskussion zum Lieferkettengesetz auf Facebook gewinnen. Dr. Bärbel Kofler MdB sitzt im Auswärtigen Ausschuss und ist seit März 2016 Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe. Sie hat das Lieferkettengesetz wesentlich vorangetrieben und kann aus erster Hand berichten. Ich lade herzlich dazu ein, sich an der Diskussion rege zu beteiligen!

zur Veranstaltung: <https://www.facebook.com/events/3942915092502765/>



FÜR MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

GESETZLICHE QUOTE FÜR VORSTÄNDE KOMMT

Noch immer sind Vorstandsposten in Deutschland überwiegend in Männerhand. Der Großteil der Unternehmen, die zur Festlegung einer Zielgröße verpflichtet sind, plant auch keine Frau bei der Besetzung von Vorstandsposten ein: Rund 78 Prozent der Unternehmen setzen sich entweder gar keine oder die Zielgröße „null Frauen“.

Die SPD ist beim zweiten Gesetz zu Frauen in Führungspositionen hart geblieben und Christine Lambrecht hat sich nach intensiven Verhandlungen mit der Union durchgesetzt: **Wir haben die Quote für Frauen in Vorständen beschlossen.** So sollen die 105 börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn er mehr als dreiköpfig ist. Vorstandsposten in Deutschland werden in Zukunft nicht mehr eine reine Männerdomäne bleiben. Und börsennotierte oder mitbestimmte Unternehmen können sich auch nicht länger einfach durchschummeln mit einer Zielgröße null Frauen – für den Aufsichtsrat, Vorstand oder eine der beiden obersten Leitungsebenen unterhalb des Vorstands. **Der Bund geht selbst mit gutem Beispiel voran** und bis 2025 sollen im öffentlichen Dienst des Bundes Führungspositionen hälftig mit Frauen besetzt sein. Das Gesetz ist ein riesiger Erfolg für die Gleichstellungspolitik. Mehr Frauen in Führungspositionen sorgen für einen Modernisierungsschub von dem alle profitieren: Frauen, Männer und unsere Wirtschaft. Das alles konnten wir nur dank vieler Mitstreiterinnen erreichen, die mit uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir die gläserne Decke für Frauen Schritt für Schritt durchbrechen. *Mehr dazu*

OLAF SCHOLZ BEIM DEUTSCHEN MIETERTAG

NEUES „BÜNDNIS BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE“ UND MEHR MIETERSCHUTZ

Als einziger Kanzlerkandidat war Olaf Scholz der Einladung des Deutschen Mieterbundes zum Mietertag gefolgt und hat dort seine Pläne für bezahlbares Wohnen vorgestellt. Er kündigte eine Bau-Offensive mit dem Ziel von 400.000 Wohnungen pro Jahr, davon mindestens einem Drittel für Durchschnittsverdiener und weiteren 100.000 Sozialwohnungen an. Wie schon erfolgreich in Hamburg praktiziert, plant er hierfür alle Akteure - Bund, Länder und Kommunen ebenso wie private Investoren und die Bauwirtschaft - in einem neuen „**Bündnis für bezahlbaren Wohnraum für alle**“ zusammenzubringen.

Aber nur „Bauen, bauen, bauen“, wie dies die Union und die FDP einseitig fordern, reicht nicht. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern. Daher unterstützen wir die Forderung des Mietertags nach einer Atempause für Mieter*innen durch ein befristetes **Mietmoratorium**: in den nächsten 6 Jahren sollen die Mieten nur noch in Höhe der Inflation angehoben werden können. Wir wollen die Mietpreisbremse entfristen und bestehende Schlupflöcher wie zum Beispiel für möblierte Wohnungen schließen.

Dazu Olaf Scholz: „*Das war mit der Union nicht möglich. Deshalb werde ich das in den ersten 100 Tagen einer neuen Regierung angehen. Denn Mietwucher ist kein Kavaliersdelikt. Er ist ein Rechtsverstoß, der Folgen haben muss.*“

Für Olaf Scholz spricht auch seine Bilanz als Erster Bürgermeister in Hamburg: Allein in seinem letzten Amtsjahr wurden im Verhältnis zur Bevölkerung knapp 10 Mal so viele geförderte Wohnungen fertiggestellt wie im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg. Sein Kommentar dazu: „*Es ist eben nicht egal, wer regiert. Manche handeln energisch – andere eher nicht.*“ *Mehr dazu*

EINIGUNG ZUR PFLEGEREFORM

TARIFBINDUNG IN DER PFLEGE KOMMT

Pflegekräfte arbeiten hart, aber nur etwa 50 Prozent von ihnen werden bisher nach Tarif bezahlt - die andere Hälfte verdient deutlich weniger. Wir konnten eine Pflegereform auf den Weg bringen, die eine **flächendeckende Entlohnung auf Tarifniveau für Pflegekräfte** sichert - dank Hubertus Heil, Olaf Scholz und meinen Fachkolleg*innen der Fraktion, die in den Gesprächen mit Gesundheitsminister Spahn hartnäckig geblieben sind. Das bedeutet für über eine halbe Million Pflegekräfte ordentliche Bezahlung – bis zu 300 Euro mehr pro Monat – und die Anerkennung, die sie verdienen. Das bedeutet aber auch Mehrkosten, die nicht nur von den Pflegebedürftigen getragen werden können. Um die Eigenanteile in der Pflege nicht weiter steigen zu lassen, erhalten Pflegebedürftige in der stationären Pflege bald jährlich gestaffelte **Zuschüsse zu den pflegebedingten Kosten**. Sie fallen umso höher aus, je länger man sich in einem Pflegeheim aufhält. Das macht eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung für Kinderlose um 0,1 Prozent nötig. Zudem beteiligt sich der Bund mit jährlich einer Milliarde Euro an den Kosten. *Mehr dazu*

FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

OLAF SCHOLZ BRINGT GLOBALE MINDESTBESTEUERUNG VORAN

Internationale Giganten wie Amazon, Facebook und Apple erwirtschaften Milliarden, haben zudem von der Corona-Krise enorm profitiert, zahlen aber oft weniger Steuern als ihre Beschäftigten. Mit dieser massiven Ungerechtigkeit soll bald Schluss sein! Olaf Scholz kämpft seit Jahren für eine globale Mindeststeuer. Nun haben sich die Finanzminister der sieben größten Industrienationen hinter die von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene globale Mindestbesteuerung von mindestens 15 Prozent gestellt. Das ist ein echter Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit! Große, profitable Konzerne sollen nicht mehr in der Lage sein, sich durch Gewinnverschiebung arm zu rechnen. Sie müssen ihren fairen Beitrag zahlen, so wie jeder kleine Einzelhändler von nebenan auch. Die Chancen stehen gut, dass bei den anstehenden Treffen der OECD und der G20 im nächsten Monat der Vorschlag bestätigt wird.

Um Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen unattraktiver zu machen, haben wir diese Woche das **Gesetz zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairem Steuerwettbewerb** beschlossen. Die EU führt eine Schwarze Liste von Staaten, die international anerkannte Standards im Steuerbereich nicht einhalten. Das Gesetz dient der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermeidung und ermöglicht Maßnahmen wie eine verschärfte Hinzurechnungsbesteuerung bei Zwischengesellschaften. Das Gesetz soll Personen und Unternehmen gezielt davon abhalten, Geschäftsbeziehungen in Staaten ohne die anerkannten Standards aufzunehmen oder fortzusetzen. *Mehr dazu*

VERTRAGSRECHT VERBESSERT

STÄRKUNG DER VERBRAUCHERRECHTE AUF BREITER FRONT

Wir haben diese Woche ein Gesetzespaket für faire Verträge und mehr Verbraucherschutz beschlossen. Damit schützen wir vor Kostenfallen und machen das Vertragsrecht verbraucherfreundlicher. Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben dafür gesorgt, dass lästige und teure automatische Vertragsverlängerungen der Geschichte angehören. Verbraucher können zukünftig einfacher und ohne Zeitdruck ihre Verträge wie Handytarif, Fitnessstudio oder Zeitschriften-Abo kündigen und zu besseren Angeboten wechseln. Das belebt auch den Wettbewerb um bessere Angebote und besseren Service. Wer online einen Vertrag schließt, kann diesen künftig online mit einem einfachen Klick kündigen und bekommt die Kündigung auch sofort bestätigt. Auch den Schutz bei Kaffeefahrten und Haustürgeschäften haben wir verbessert. Damit schützen wir insbesondere Ältere, die hier immer wieder unter Druck gesetzt und über den Tisch gezogen werden. Wir haben einen gesetzlichen Schadensersatzanspruch bei unlauteren geschäftlichen Handlungen wie irreführender Werbung eingeführt. Eine Verkürzung der anfänglichen Vertragslaufzeit auf maximal ein Jahr, wie von Justizministerin Christine Lambrecht vorgeschlagen, hat die Union allerdings blockiert. *Mehr dazu*

CLAUDIA TAUSEND MDB

stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
sowie im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de



**Soziale
Politik für
Dich.**